

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **35 (1945)**

Heft 25

PDF erstellt am: **19.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

POLITISCHE **R**UNDSCHAU

Radikalisierung

an. Auf den zweiten Wahlgang um den Zürcher Regierungsratssitz, den der Freisinnige Dr. Rutishauser innehatte, zogen die Sozialdemokraten ihren Kandidaten Stähli, Sekundarlehrer aus Winterthur, zurück und gaben ihren Wählern die Stimme frei. Es stehen sich also der freisinnige Seminardirektor Vaterlaus von Küsnacht und der Spanienfahrer Otto Brunner, Kandidat der PdA, gegenüber, falls nicht eine dritte Kandidatur auftaucht. Somit kommt es zu einer Probe aufs Exempel, wie viele Gewerkschafter und Sozialdemokraten, die bisher für Herrn Stähli eingestanden, nach rechts, und wie viele nach links fallen werden. Parteioffiziell wird verkündet, man würde die PdA in die Regierung wählen helfen, stünde nur ein anderer Kandidat als gerade Otto Brunner da. Er sei impulsiv, unbeständig und nicht für den Regierungssessel geeignet. Das sagt so ziemlich genau, wie «systemsgewöhnt» die Sozialdemokraten heute schon sind, und wie sie die Qualitäten zu würdigen wissen, die man von einem demokratischen Regierungsmann erwartet. Die «Opposition» ist Sache der «ganz Linken» geworden.

Männiglich schaut heute auf das Zürcher Barometer, das verraten wird, wie weit in den Arbeiterkreisen die Radikalisierung fortgeschritten. Während im gemässigten Solothurn bei den Gemeindevahlen der «Linkszug» in starken Gewinnen der SP zum Ausdruck kommt — und nebenbei im Rückgang von Splitterparteien wie der Unabhängigen, muss in Zürich und Basel das entsprechende Symptom in der Stagnation bei der SP und in der Abwanderung zur PdA gesehen werden. Frage ist also, wie viele von den 38 000 Stimmen, die Stähli machte, zu den 30 000 bisherigen Otto Brunners und wie viele zu den 60 000 von Vaterlaus abwandern.

Zur Radikalisierung trägt momentan zweifellos die Säuberungsaktion bei, die ganz entgegen den Wünschen der äussersten Linken verläuft. Veröffentlichten die bürgerlichen Blätter im allgemeinen die Listen der ausgewiesenen Nazis, wartet der Basler «Vorwärts» mit Listen solcher Leute auf, die noch auszuweisen seien — und selbstverständlich verstummt der Ruf, den Exgesandten Dr. Köcher hinauszurufen, nicht. Sein Name ist direkt zum Magneten geworden, welcher die Leute nach links zieht.

Wir sind überzeugt, dass Bundesrat von Steiger das Material bereit hält, welches eines Tages die Rechtfertigung für die milde Behandlung Köchers bilden wird. Die Enthüllungen des schwedischen Grafen Bernadotte, dass Hitler im Jahr 1943 bereit gewesen, uns zu überfallen, könnten ja den Anlass bieten, auch vom Bundesrattstisch aus klarzulegen, was los war, und ob Köcher damals bremsend eingriff. Auf jeden Fall wäre es Zeit, die Umtriebe durch solche Beweise zu stoppen — denn mit der falschen Nachricht aus der Schweiz, die spanische «Blaue Division» reise heim, was zum Zugüberfall im savoyischen Chambéry führte, hat die Radikalisierung bei uns ihre erste internationale Rückwirkung gehabt.

Die Zusammenkunft der „grossen Drei“

Truman, Churchill und Stalin sollen irgendwo zusammenkommen — oder sie konferieren schon jetzt, irgendwo, seit irgendwann, und am Samstag, wenn unsere Leser die «Berner Woche» bekommen, liegen bereits die Resultate der neuen Konferenz vor. Wird das Potsdamer Schloss für sie hergerichtet? Oder denkt man daran, sich in Wien zu sehen? Oder sitzen die drei Hergeflogenen bereits in Kopenhagen und arbeiten, von einer dichten britischen Bewachungskette umgeben? Oder gibt es noch eine vierte Möglichkeit: Dass die als sicher gemeldete Konferenz noch nicht im Reinen wäre? Dass Stalin vielmehr gewisse Resultate abwarten will, bevor er einwilligt und die von Truman mitgebrachten Vorschläge aller Art diskutiert? Wird überhaupt an einer solchen Dreierkonferenz noch diskutiert? Oder wagt man die Aussprache erst dann, wenn die Aussenminister und Gesandten und Botschafter aller Ränge bereits alle Steine aus dem Wege geräumt, alle Differenzen bereinigt haben? Vermutlich ist es schon so. Die drei Staatslenker können sich nicht darauf einlassen, an eine Besprechung zu fahren, die allenfalls in die Luft fliegen würde. Regierungen müssen immer wieder vor ihren Völkern als die verlässlichen Instanzen dastehen, denen gelingt, was sie unternehmen. Sie dürfen von Konferenzen nicht als Geschlagene heimkehren, es sei denn, dass sie damit einen besondern Zweck verfolgen. Zum Beispiel: Disqualifizierung eines Gesprächspartners, dessen schlechter Wille bewiesen werden soll, damit man die eigene öffentliche Meinung gegen ihn in Schwung bringen kann.

Mit solchen Absichten reisen heute weder die beiden angelsächsischen noch das russische Reichshaupt zur «Siegeszusammenkunft». Alle drei brauchen einen glänzenden Konferenzerfolg. Selbstverständlich mag es Streitpunkte geben, welche von den Ministern nicht bereinigt wurden und — als die kniffligsten von allen — von den Staatshäuptern in Auge in Auge behandelt werden müssen, und kommen sie nicht ins Reine, binden sie die Mängel ihrer Einigung der Welt nicht auf die Nase. Die Beispiele Teheran und Jalta zeigen, dass ungelöste Restprobleme blieben. Solche «Reste» wird es auch diesmal geben.

Interessant ist, dass Präsident Truman anscheinend als Hauptwunsch die Oeffnung der russisch besetzten Gebiete Europas für den Welthandel wünscht. Eine Oeffnung also, die bisher vergeblich angestrengt wurde. Sonst würde Reuter nicht aus Neuyork berichten, die Russen könnten viel zur Besserung der Beziehungen zu den Angelsachsen beitragen, wenn sie verstehen würden, wie man die Beendigung der Abriegelung aller andern Mächte in den bewussten Gebieten erwarte.

Riegele sich die Russen grundsätzlich ab?

Das heisst, sind sie willens, ein gutes Viertel des ausser-russischen Europa, alle Balkanstaaten ausser Griechenland, Polen, die Tschechei und Ungarn, dazu halb Oesterreich, fast halb Deutschland, schliesslich auch Finnland und das nördlichste Norwegen, nicht zu vergessen die Insel Born-

holm, in ihr System einzubeziehen und so lange ihre Armeen und den Grenzkordon bestehen zu lassen, bis diese sämtlichen Ländern parteimässig gründlich umgestülpt sind und von selber den russischen Kurs einhalten werden — in alle Zukunft hinein?

Oder täuschen sich die Angelsachsen, die mit den Russen in der «Sünde des Misstrauens» wetteifern? Man hat sich im Westen vielfach daran gewöhnt, verwundert zu tun, wenn Moskau mit den oder jenen Vorkehren seinen abgründigen Argwohn gegen die «kapitalistischen Mächte» demonstrierte. Vielleicht kommt später heraus, dass Stalin seinen Partnern mehr hätte trauen dürfen — nicht gerade zur Zeit Chamberlains, aber seit dem Sommer 1941. Aber möglich ist auch, dass sich spätere Zeiten wundern über die Alpträume, welche die russische Langsamkeit in der Oeffnung und Räumung der «befreiten Gebiete» im Westen hervorrief.

Wenige dieser Gebiete sind völlig «in Ordnung». In der Tschechoslowakei hat sich die britische Regierung eingemischt, um die totale Austreibung der Sudetendeutschen zu unterbrechen; es war möglicherweise auch die Ansicht der Russen, dass ausser den verfolgten Kommunisten und Sozialisten kein Deutschsprachiger mehr innerhalb der böhmischen Grenzgebirge bleiben dürfe. 2½ Millionen sollten also wandern — und zwar mit wenig Gepäck und ohne Entschädigung für zurückgelassenen Grund und Boden. Immerhin führte die Austreibung nicht nach Auschwitz und Maidanek. Bevor sich die Tschechen zu einer massvolleren Lösung entschlossen haben, gedenken die amerikanischen Truppen Böhmen nicht zu verlassen. Es könnte sein, dass die Russen aus genau entsprechenden Gründen zuwarten, bis sie «den gesicherten Friedenszustand» erklären.

Haben denn nicht die Amerikaner, um einen unzeitigen italienisch-jugoslawischen Zusammenstoss zu verhindern, auf der alleinigen Besetzung von Triest, West-Istrien und Görz bestanden? Stehen nicht als Garanten der in Griechenland geschaffenen «Pax britannica» die gelandeten Divisionen dort, wo sie schon vor Monaten Ruhe schafften? Hat nicht General Alexander die Franzosen auffordern müssen, das Aostatal, das Paris heute von Rom fordert, zu räumen, und wird nicht auch über die Gebiete östlich von Nizza verhandelt? Schliesslich: Besteht nicht in London und Washington die Auffassung, dass der Friede in Italien trotz der neuen Regierung des Kommunisten Dr. Parri heute durch die fünfte amerikanische und die achte britische Armee garantiert werde? Und in Belgien? Dort demissioniert die Regierung, weil König Leopold III. heimkommen will, und der Generalstreik droht.

Was Polen anbelangt,

dürften Stalin und Truman-Churchill am meisten Grund haben, mit der Konferenz zuzuwarten, bis sich die beiden polnischen Lager endlich einigen. Noch sind wichtige Vertreter der Exilanten nicht in Moskau erschienen. Der Bauernvertreter Witos erklärt sich gesundheitlich nicht in der Lage, mitzumachen, während ihn Molotow und Hopkins von der russischen Kapitale dringend antelegraphieren.

Die drei Forderungen der «Londoner Polenregierung», welcher vor Monaten der nun halb und halb umgeschwenkte Mikolajczyk vorgestanden, lauten versöhnlicher als früher, lassen aber bis zur Stunde jede Erkenntnis der wirklichen Situation vermissen. Man möchte vermuten, es seien dieselben Kreise, die Truman den dringlichen Ruf nach dem russischen Rückzug hinter den Pruth und die Karpathen

suggestieren möchten, die auch die Londoner Polen zur Schärfe aufstacheln. So verlangen sie also die «Räumung Polens durch die russische Armee, die sofortige Freilassung und Repatriierung aller Verhafteten und Deportierten, einschliesslich der 16 jüngst verhafteten Politiker (die nach bestimmten Meldungen ja bis auf einen wieder frei sein sollen), und schliesslich Aufgabe des Versuches, Polen ein ihm fremdes Regierungssystem aufzuzwingen».

Wer die polnischen Verhältnisse auch nur einigermaßen kennt, das heisst, wer sich daran erinnert, wie die frühere herrschende Schicht im «Pilsudski-Polen» ihre «Demokratie» auffasste und praktisch ausübte, der muss allerlei befürchten, falls die Russen vorzeitig abziehen. Glühender Bolschewikihass beseelt die aus Berufspolitikern bestehenden Vertreter der angeblich «sozialistischen» und andern «Linksparteien» im Exil. Pilsudski, der selbst als Sozialist im österreichischen Parlament angefangen, hat bewiesen, wohin sein Kurs führte — und in den Kreisen der Lubliner-Leute wittert man in beinahe allen Parteivertretern des frühern Polens Männer, die sich zu neuen Pilsudskis entwickeln und wieder mit der Reitpeitsche regieren könnten. Dazu kommt der Russenhass, «edle polnische Tradition» bestimmter Schichten, und wenn nicht der Hass, so die Verachtung! Wer im Grossgrundbesitzer, der über ukrainische und weissrussische Dörfer gebot, sein Vorbild sieht, der redete auch nie anders als von «dreckigen Russen», und kann es selbst heute noch nicht fassen, dass die russische Nation grösser als die polnische geworden sein soll.

Amerikaner und Engländer haben Stalin kaum Blankovollmacht gegeben, die Rückkehr der «Russlandhasser» mit allen ihm gutscheinenden Mitteln zu verhindern, aber sie werden ihm nicht in den Arm fallen, wenn er tut, was er vermag, falls er nur eben die «Lubliner Regierung» durch einige weitere Persönlichkeiten aus anderen Lagern ergänzt. Das wird er tun müssen. Mit höllischer Genauigkeit jedoch werden die in Frage Kommenden gesichtet. Beziehung zu den Kreisen, welche seinerzeit die Affäre von Katyn durch das Internationale Rote Kreuz untersuchen lassen wollten, schliesst jede Möglichkeit aus, mit den Russen zusammenzuarbeiten.

Moskau scheint die Absicht der Exilregierung zu fürchten, die ihr ergebenen Truppen, die überall in den Reihen der Briten und Amerikaner kämpften, heimzuführen und durch Anhänger der «unterirdischen Armee» zu verstärken, woraus sich mit Sicherheit der Bürgerkrieg entwickeln müsste, angesichts des fast instinktmässigen Russenhasses in den kleinbürgerlichen und bäuerlichen Kreisen. Deshalb wünscht Stalin die Festigung der Verhältnisse, die Sicherung der Bodenverteilung (bisher das einzig Revolutionäre im neuen Polen, und zwar im antikommunistischen Sinne), und die Umstimmung möglichst breiter Kreise — «pro Moskau»!

Was die «Repatriierung der Deportierten» angeht: Ursprünglich vermuteten die Londoner Polen, dass überhaupt jeder nichtproletarische Offizier abgeschlachtet worden sei. Als dann die Russen 150 000 wohlausgerüstete Polen nach Persien hinausstellten, atmete man auf. Aber noch reklamierte man Tausende von Offizieren und war bereit, zu glauben, sie seien in Katyn und anderswo ermordet worden. Bis die Russen eine ganze «rot-polnische» Armee nach Polen brachten, mit dem Grossteil der vermissten Offiziere als Kader! Die «grossen Drei» müssten nicht nur sich, sondern die Polen selbst, dazu Russen und Polen endgültig einigen!